

Senatsverwaltung für Finanzen, Klosterstraße 59, 10179 Berlin

Geschäftszeichen
IV B – TLSD 5110



An die Senatsverwaltungen (einschließlich Senatskanzlei)
die Verwaltung des Abgeordnetenhauses
die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes
die Präsidentin des Rechnungshofes
die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
die Bezirksämter
die Sonderbehörden
die nichtrechtsfähigen Anstalten
die Eigenbetriebe

Bearbeiter
Herr Lüdtke / IV B 19

Zimmer 3067
Telefon (030) 9020 - 3055
Telefax (030) 902028 – 3055

E-Mail heiko.luedtke@senfin.berlin.de
Elektronische Zugangseröffnung gem. § 3a Abs.1
VwVfG: poststelle@senfin.berlin.de

De-Mails richten Sie bitte an:
post@senfin-berlin.de-mail.de

Internet www.berlin.de/sen/finanzen

Verkehrsverbindungen
U Klosterstraße / S+U Jannowitzbrücke

nachrichtlich

an die Eigengesellschaften
die gemischtwirtschaftlichen Unternehmen,
an denen Berlin überwiegend beteiligt ist
die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen
des öffentlichen Rechts
den Hauptpersonalrat

Datum 10. Januar 2018

Rundschreiben SenFin IV Nr. 04 /2018

Beitragsbemessungsgrenzen und Beitragssätze in der Sozialversicherung; weitere sozialversicherungsrechtliche Größen bzw. Änderungen ab 1. Januar 2018

3 Anlagen

Inhalt:

Informationen

für den Personalservice und die Beihilfe-Festsetzungsstellen:

- Beitragsbemessungs- und andere Entgeltgrenzen,
- Beitragssätze zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung,
- Beitragsberechnung in der Gleitzone,
- Zahlung von Rentenversicherungsbeiträgen für nicht erwerbsmäßig tätige Pflegepersonen durch die Beihilfe-Festsetzungsstellen,
- Bezugsgrößen und Dynamisierungsfaktoren für Nachversicherungen in der gesetzlichen Rentenversicherung im Jahr 2018,
- Steuerfreigrenze für die Umlage des Arbeitgebers zur VBL gemäß § 3 Nr. 56 Einkommensteuergesetz



Die Senatsverwaltung für Finanzen ist seit August 2011 als familienbewusste Arbeitgeberin zertifiziert

1. Beitragsbemessungsgrenzen und Jahresarbeitsentgeltgrenzen

Die vom 1. Januar 2018 an geltenden Beitragsbemessungsgrenzen und Jahresarbeitsentgeltgrenzen ergeben sich aus der **Anlage 1 (Fin 593)**. Auch im Jahre 2018 weicht die Höhe der Beitragsbemessungsgrenze in der **Krankenversicherung** von der **allgemeinen** Jahresarbeitsentgeltgrenze ab, stimmt wiederum aber mit der Höhe der **besonderen** Jahresarbeitsentgeltgrenze überein. Die Beitragsbemessungsgrenze für die soziale **Pflegeversicherung** entspricht der der Krankenversicherung.

2. Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung

Mit Inkrafttreten des *Gesetzes zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung* (GKV-FQWG) zum **01.01.2015** ist der **kassenindividuelle sowie einkommensabhängige Arbeitnehmerzusatzbeitrag** eingeführt worden (vgl. Rundschreiben SenFin IV Nr. 53 / 2014).

Die Beitragssätze sind **seit dem 01.01.2015 unverändert**:

- **Allgemeiner Beitragssatz:** **14,6 %**

(der paritätisch finanzierte Beitragssatz beträgt 14,6 %, zuzüglich eines vom Arbeitnehmer allein zu tragenden kassenindividuellen einkommensabhängigen Zusatzbeitrages),

- **Ermäßigter Beitragssatz:** **14,0 %**

(der paritätisch finanzierte Beitragssatz beträgt 14,0 %, **zuzüglich** eines vom Arbeitnehmer allein zu tragenden kassenindividuellen einkommensabhängigen Zusatzbeitrages).

Hinweis:

Das Bundesministerium für Gesundheit hat im Bundesanzeiger vom 26.10.2017 (BAnz AT 26.10.2017 B3) den durchschnittlichen Zusatzbeitragssatz nach § 242a Absatz 2 SGB V für das Jahr 2018 bekanntgegeben. Dieser wurde auf 1,0 % gesenkt.

3. Beitragssatz in der sozialen Pflegeversicherung

Mit Inkrafttreten des *Ersten Gesetzes zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften* („Erstes Pflegestärkungsgesetz“-PSG I- vom 17.12.2014) beträgt der Beitragssatz **seit dem 01.01.2017 2,55% - § 257 Abs. 4 SGB XI** - (vgl. BGBl. 2014 Teil I Nr. 61, S. 2226). Der Beitragszuschlag für Kinderlose beträgt **unverändert 0,25%**. Hinsichtlich der Erhebung des Zuschlages wird auf die Rundschreiben Inn ZS Nr. 70/2004, Inn ZS Nr. 80/2004 und Inn Sport ZS Nr. 31/2008 verwiesen.

4. Beitragssätze zur Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung

Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung ist mit Wirkung des 01.01.2018, gemäß der im *Bundesgesetzblatt 2017 Teil I Nr. 79 vom 22. Dezember 2017 Seite 3976* veröffentlichten Bekanntmachung der **Beitragssätze in der allgemeinen Rentenversicherung** und der knappschaftlichen Rentenversicherung **für das Jahr 2018 auf 18,6 %** gesenkt worden. In der Arbeitslosenversicherung bleibt der Beitragssatz mit 3,0% unverändert.

5. Sozialversicherungsrechtliche Behandlung von Beschäftigungsverhältnissen mit Arbeitsentgelt innerhalb der Gleitzone

Bei Arbeitsentgelten, die innerhalb der Gleitzone zwischen 450,01 EUR und 850,00 EUR liegen, wird der Arbeitnehmerbeitragsanteil von einem fiktiven, geringeren Ausgangswert berechnet.

Das Gleitzonentgelt wird nach folgender Formel berechnet:

$$F \times 450 + [(850 / (850 - 450)) - [450 / (850 - 450)] \times F] \times (AE - 450)$$

F = variabler Faktor
AE = monatliches Arbeitsentgelt

Der Faktor F wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales festgelegt. Dieser liegt **2018** bei **0,7547**. Daraus ergibt sich die vereinfachte Gleitzoneformel:

$$1,2759625 \times \text{Arbeitsentgelt} - 234,568125$$

6. Zahlung von Rentenversicherungsbeiträgen für nicht erwerbsmäßig tätige Pflegepersonen

Das Bundesministerium des Innern (BMI) hat mit Rundschreiben vom 08.01.2018 die Übersicht über die ab **01.01.2018** geltenden monatlichen Beiträge zur Rentenversicherung für nicht erwerbsmäßig tätige Pflegepersonen für die Beihilfe-Festsetzungsstellen veröffentlicht (**vgl. Anlage 2**).

Darüber hinaus hat das **BMI** bekannt gegeben, dass nach Mitteilung des Verbandes der privaten Krankenversicherung e.V. die Beihilfestellen als anteilig Zahlungsverpflichtete nach § 170 Abs. 1 Nr. 6 Buchstabe c SGB VI die sich ergebenden Änderungen der abzuführenden Beiträge berücksichtigen können, ohne dass es einer neuen Bescheinigung der privaten Krankenversicherung über die Höhe der maßgeblichen beitragspflichtigen Einnahmen der Pflegeperson bedarf. Dazu müssen die aufgrund der bisherigen Werte von den Beihilfestellen ermittelten Zahlbeträge an die Rentenversicherungsträger bei Pflege Tätigkeit in den **alten** Ländern mit dem Faktor **1,018055992** und in den **neuen** Ländern mit dem Faktor **1,007739938** multipliziert werden. Diese Faktoren spiegeln etwaige Änderungen der Bezugsgrößen und des Rentenversicherungsbeitrages wider.

Die Deutsche Rentenversicherung Bund bittet die Verteilung der Beitragszahlungen für Pflegepersonen durch die Beihilfefestsetzungsstellen im Jahre **2018** wie folgt zu leisten (vgl. Anlage 2):

- **50,302 %** an den für den Sitz der Festsetzungsstelle zuständigen Regionalträger und
- **49,698 %** an die Deutsche Rentenversicherung Bund.

7. Bezugsgrößen und Dynamisierungsfaktoren für Nachversicherungen in der gesetzlichen Rentenversicherung im Jahr 2018

Für Zwecke der Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung teile ich mit, dass die Bezugsgröße im Sinne des § 18 SGB IV im Kalenderjahr **2018** im Sozialversicherungs-Rechtskreis **West** (einschl. ehemals West-Berlin) **36.540 EUR jährlich / 3.045 EUR monatlich** beträgt; die Bezugsgröße für den Sozialversicherungs-Rechtskreis **Ost** (einschl. ehemals Ost-Berlin) beträgt **32.340 EUR jährlich / 2.695 EUR monatlich** (vgl. § 2 Sozialversicherungs-Rechengrößenverordnung 2018 vom 16.11.2017/ BGBl. 2017 Teil I Nr. 74 S.3778 - 3779 vom 24.11.2017).

Als **Anlage 3** ist die Aufstellung der **Dynamisierungsfaktoren** nach § 181 Abs. 4 GB VI für das Jahr **2018** beigefügt.

8. Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge

Für **2018** gelten nachstehende Termine für die Fälligkeit der Beiträge und für das Einreichen der Beitragsnachweise:

Beitragsmonat	Fälligkeit der Beiträge (drittletzter Bankarbeitstag)	Spätester Zeitpunkt für das Einreichen der Beitragsnachweise (2 Arbeitstage vor Fälligkeit)
01/18	29.01.2018	25.01.2018
02/18	26.02.2018	22.02.2018
03/18	27.03.2018	23.03.2018
04/18	26.04.2018	24.04.2018
05/18	28./29.05.2018 ¹	24./25.05.2018 ¹
06/18	27.06.2018	25.06.2018
07/18	27.07.2018	25.07.2018
08/18	29.08.2018	27.08.2018
09/18	26.09.2018	24.09.2018
10/18	26./29.10.2018 ²	24./25.10.2018 ²
11/18	28.11.2018	26.11.2018
12/18	21.12.2018	19.12.2018

¹ *In Bundesländern, in denen Fronleichnam kein gesetzlicher Feiertag ist, wird der Termin um einen Bank- bzw. Arbeitstag vorgezogen.*

² *In Bundesländern, in denen der Reformationstag kein gesetzlicher Feiertag ist, wird der Termin um einen Bank- bzw. Arbeitstag vorgezogen.*

Die Sozialversicherungsbeiträge sind spätestens am drittletzten Bankarbeitstag des laufenden Monats fällig. Hierbei ist zu beachten, dass der **24.** und der **31.** Dezember keine Bankarbeitstage sind. Die Spitzenorganisationen der Sozialversicherung haben in ihrer Besprechung über Fragen des gemeinsamen Beitragseinzugs am 7./8.5.2008 klargestellt, dass die Aussage, nach der der Beitragsnachweis spätestens zu Beginn des fünftletzten Bankarbeitstages des Monats vorliegen muss, so zu verstehen ist, dass der Beitragsnachweis der Einzugsstelle um 0.00 Uhr dieses Tages vorzuliegen hat. Der Beitragsnachweis ist also nur dann rechtzeitig eingereicht, wenn die Einzugsstelle am gesamten fünftletzten Bankarbeitstag des Monats über den Beitragsnachweis verfügen kann.

9. Steuerfreigrenze für die Umlage des Arbeitgebers zur VBL gemäß § 3 Nr. 56 Einkommensteuergesetz (EStG)

Gemäß § 3 Nr. 56 EStG werden die vom Arbeitgeber zu tragenden Umlagen zur VBL bis zu **2%** der Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung (West) steuerfrei gestellt (vgl. Rundschreiben InnSport ZS Nr. 13/2008 vom 18.02.2008). Infolge der Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung (West) im **Jahr 2018** auf **78.000,00 EUR** sind die vom Arbeitgeber zu tragenden Umlagen vom **01.01.2018** an bis zur Höhe von **1.560,00 EUR** jährlich **steuerfrei**.

Im Auftrag
Mayr